



Lies sich von einer kasachischen Oppositionspartei instrumentalisieren: Nationalrätin Christa Markwalder.

Bild: ky/Lukas Lehmann

«Ich war zu gutgläubig»

Die angebliche kasachische Opposition hat den Text eines Vorstosses von FDP-Nationalrätin Christa Markwalder (BE) gleich selber geschrieben. Jetzt steht die Nationalrätin unter Druck.

KARI KÄLIN/JÜRG ACKERMANN

BERN. Ein spannendes Thema tönt anders. «Weiterentwicklung der Beziehungen zu Kasachstan» lautet der Titel einer Interpellation, die Christa Markwalder (FDP/BE) am 21. Juni 2013 einreichte. Keine einzige Zeitung berichtete über ihr Interesse am Demokratisierungsprozess im autoritär regierten Land.

7200 Franken für Vorstoss

Knapp zwei Jahre später sorgt der Vorstoss doch noch für Schlagzeilen – aber nur wegen des Zustandekommens der Interpellation. Der Text dazu stammt nämlich nicht aus der Feder Markwalders, sondern aus jener von Marie-Louise Baumann von der PR-Agentur Burson-Marsteller – und auch das nur mit Abstrichen. Ohne Markwalders Wissen schickte Bau-

mann den Entwurf an die kasachische Oppositionspartei Ak Schol, für die die Lobbyistin und ehemalige FDP-Generalsekretärin ein Mandat betreute. Wie die NZZ enthüllte, übernahm Ak Schol die Schlussredaktion. Die Partei strich das Wort «Menschenrechte» aus dem Entwurf, weil es Parteichef Asat Peruaschew angeblich schaden könnte. Dafür schmückte er seine politische Formation mit dem Adjektiv «erfreulich». All diese Aktivitäten fanden hinter Markwalders Rücken statt. Die Vizepräsidentin des Nationalrats war Peruaschew einmal begegnet, nachdem Baumann im Bundeshaus ein Treffen mit Parlamentarier arrangiert hatte. Der Vorgang birgt noch mehr Brisanz. Anders als sich Ak Schol dargestellt hat, steht die Partei der Regierung nahe. Zudem bezahlten die kasachischen Auftrag-

geber Burson-Marsteller knapp 7200 Franken für den Vorstoss.

Die Lobby-Affäre ist auch für Burson-Marsteller peinlich. Versehen schaltete die PR-Agentur gestern eine Stellungnahme auf, in der sie sich von Baumann distanzierte. Später wurde die Stellungnahme wieder entfernt. Burson-Marsteller-Chef Matthias Graf liess in einem Communiqué verlauten, alle Mitarbeiter seien angehalten, sowohl Auftraggeber als auch Stakeholder konsequent und umfassend zu informieren, für wen die Firma wie tätig sei.

Christa Markwalders kasachische Verflechtungen waren gestern Thema Nummer eins unter der Bundeskuppel. Die Vizepräsidentin des Nationalrats selber sagte, sie habe nicht gewusst, dass Ak Schol direkten Einfluss auf den Vorstoss genommen habe. Sie müsse sich vorwerfen,

zu gutgläubig gewesen zu sein, betonte die FDP-Nationalrätin.

Scharfe Kritik von der SP

Wenig Verständnis für Markwalders Verhalten bringt Lukas Reimann auf. Der St. Galler SVP-Nationalrat hat noch gestern einen Vorstoss eingereicht, der mehr Regeln verlangt. Demnach soll ein verbindliches Lobbyistenregister geschaffen werden, aus dem hervorgeht, welche Personen und Organisationen mit welchen Mitteln Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. «Dabei muss auch klar werden, von wem sie bezahlt werden», sagt Reimann. Am schärfsten ist die Kritik an Markwalder erwartungsgemäss in der SP. Der Fall zeige, dass politische Arbeit Zeit brauche, gefährlich werde es dann, wenn sie wie hier delegiert werde, sagt Fraktionschef Andy Tschümperlin (LU).

SBB wollen gegen Suizide auf der Schiene vorgehen

GERHARD LOB

BERN. Landesweit ist die Zahl der Selbsttötungen in der Schweiz rückläufig. Das ist die gute Nachricht. Doch immer noch sind es rund 1200 Menschen pro Jahr, die aus Verzweiflung ihrem Leben selbst ein Ende setzen. Das ist die schlechte Nachricht. Aus Sicht der Bahnen ist es problematisch, dass vermehrt der Schienensuizid als Methode genutzt wird. Im Jahr 2014 gab es auf dem SBB-Streckennetz 140 Suizide, zudem 90 Suizidversuche. Europaweit ist der Trend ähnlich. In den 28 EU-Ländern werden rund 3000 Schienensuizide im Jahr verzeichnet.

Konsequenzen auch für Dritte

Hinter diesen nackten Zahlen verbirgt sich ein unermessliches menschliches Leid, aber jeder «Ereignisfall» hat auch gravierende Konsequenzen für Dritte – allfällige Zeugen, Angehörige, Kunden und Bahnmitarbeitende. Für die Lokführer ist es ein Trauma, wenn sich eine Person unter den Zug wirft. «Manche können dann nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten und erhalten eine andere Aufgabe», sagte SBB-Chef Andreas Meyer gestern an einer Fachtagung in Bern zum Thema Schienensuizid. «Das Bild fährt immer mit, wenn es jemand erlebt hat», ergänzte Hubert Giger, Präsident des Lokführer-Verbandes.

Die SBB hatten zur Tagung eingeladen, weil dieses Thema für sie immer wichtiger wird. Die Personunfälle haben für den Zugverkehr grosse betriebliche Auswirkungen: Oft bleiben die betroffenen Strecken im Rahmen eines Störfallmanagements über Stunden gesperrt. Bereits Anfang 2014 haben die SBB eine Koordinationsstelle aufgebaut mit dem Ziel, die Massnahmen mit verschiedenen Institutionen und Fachorganisationen abzusprechen.

Erkennen und ansprechen

Im Fokus der SBB-Massnahmen zur Verhinderung von Suiziden stehen die Kommunikation, Massnahmen im baulich-

technischen Bereich, aber auch die Sensibilisierung von Mitarbeitenden. Sie sollen beispielsweise in einem Bahnhof potenziell suizidgefährdete Personen erkennen und ansprechen.

Wie wichtig eine solche Geste sein kann, verdeutlichte Thomas Reisch, Ärztlicher Direktor des Psychiatriezentrums Münsingen. Eine Studie zu Selbsttötungen an der Golden Gate Bridge von San Francisco hat aufgezeigt, dass von 515 Personen, die in den Tod springen wollten, aber zurückgehalten werden konnten, nur fünf Prozent nochmals einen Suizidversuch begangen haben. «Das Zurückhalten ist eine extrem effiziente Methode, um Menschen zu retten.»

Gefahr der Nachahmung

Problematisch bleibt die Information und Berichterstattung über Suizide. Denn viele Menschen lassen sich durch Berichte inspirieren. In Anspielung auf Goethes berühmten Roman «Die Leiden des jungen Werthers», der nach seinem Erscheinen 1774 viele junge Männer veranlasste, den Freitod durch einen Pistolenschuss nachzuahmen, ist vom Werther-Effekt die Rede.

Auslöser für Nachahmungsgüter sind inzwischen Zeitungsartikel, Filme oder auch Dramen berühmter Personen. So löste der Freitod des deutschen Torwarts Robert Enke im November 2009 durch einen Schienensuizid eine Nachahmungswelle aus, die immer noch nicht abgeebbt ist. Für die Deutsche Bahn ist im übrigen neben verübten Suiziden auch die angekündigte Selbsttötung über soziale Netzwerke ein zunehmendes Problem. In der Folge kommt es häufig zu Streckensperrungen, und die Züge reduzieren ihre Geschwindigkeit auf Sichtfahrt.

Trotz dem Problem der Nachahmung lässt sich auf eine Berichterstattung nicht verzichten. Das Thema der Suizide kann nicht totgeschwiegen oder tabuisiert werden. Der Schweizer Presserat rät zu grosser Zurückhaltung und der Vermeidung von Detailschilderungen bei einem Unglück.

Sieg für die Bauernlobby

Seit langem bekämpft der Bauernverband die erleichterte Einfuhr von Lebensmitteln aus der EU. Jetzt hat er sich im Nationalrat durchgesetzt.

DOMINIC WIRTH

Es sollte eine der Speerspitzen im Kampf gegen die hohen Preise in der Schweiz werden, doch daraus dürfte nach dem gestrigen Entscheid des Nationalrats nichts werden: Die grosse Kammer hat das Cassis-de-Dijon-Prinzip beschnitten. Federführend war dabei der Bauernverband, von dessen Direktor Jacques Bourgeois (FDP/FR) die parlamentarische Initiative stammte.

Lebensmittel sind fortan – die Zustimmung des Ständerats vorausgesetzt – ausgenommen von den erleichterten Importbestimmungen, die für gewisse EU-Produkte gelten. Als diese Regelung vor fünf Jahren eingeführt wurde, erhoffte man sich einiges von ihr. Bis zu zwei Milliarden Franken, so lauteten damals die Prognosen, sollten die Schweizer Konsumenten pro Jahr im Portemonnaie behalten.

Nur 47 Produkte bewilligt

Allerdings hat das Cassis-de-Dijon-Prinzip bis heute nur wenige günstige neue Lebensmittel in die Schweizer Läden gebracht.

Gerade einmal 47 Gesuche wurden vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit, das die Einfuhr der Produkte bewilligen muss, bislang gutgeheissen. Im Nationalrat war gestern auf Seiten der Cassis-de-Dijon-Gegner denn auch immer wieder zu hören, dass die Importerleichterungen nichts gebracht hätten. So argumentierte etwa der Bauernverbandspräsident Markus Ritter (CVP/SG), der anmerkte, die Kosten in der Bundesadministration seien angesichts des geringen Nutzens zu hoch.

Auf der Gegenseite hielt Prisca Birrer-Heimo (SP/LU) dagegen, dass es für «eine Quantifizierung noch zu früh» sei. «Der Beobach-



Markus Ritter
Nationalrat CVP/SG
Bauernverbandspräsident

tungszeitraum war kurz und fiel mitten in die zunehmende Frankenstärke», sagte die oberste Konsumentenschützerin. Zudem brächte das Cassis-de-Dijon-Prinzip eine Produktvielfalt, die im Interesse der Konsumenten sei. Kathrin Bertschy (GLP/BE) bezeichnete die Initiative derweil als «Protektionismusvorlage», die neue Handelshemmnisse schaffe und den Einkaufstourismus fördere.

Mitteparteien gespalten

Allerdings blieben jene Stimmen, die sich gegen das Anliegen des Bauernverbands stemmten, gestern deutlich in der Unterzahl. 111 Nationalräte vereinte die Agrarlobby schliesslich hinter sich, die SVP unterstützte sie geschlossen, dazu unter anderem Teile der FDP und der SP und eine Mehrheit der CVP von Bauernverbandspräsident Markus Ritter. Auch die Grünen wollten die erleichterten Importbedingungen wieder abschaffen – weil in ihren Augen «die Schweizer Qualitätsstrategie der Land- und Ernährungswirtschaft gefährdet wird», wie es Louis Schelbert (LU) sagte.

Sparen spaltet Bürgerliche

Der Nationalrat will die Ausgaben des Bundes 2016 nicht auf dem Niveau von 2014 plafonieren. Neben der Ratslinken stellte sich auch die CVP dagegen.

BERN. Entsprechende Sparanträge von SVP und FDP scheiterten mit 107 zu 76 Stimmen bei fünf Enthaltungen. Nein sagte der Rat auch zum Vorschlag der GLP, die Ausgaben bei 67 Milliarden Franken festzulegen, und zwar mit 98 zu 90 Stimmen. Die Beschlüsse fielen im Rahmen der Beratungen zum Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspaket (KAP). Diesem stimmte der Rat mit 127 zu 57 bei drei Enthaltungen zu. Allerdings strich er den grössten Sparposten, welcher die AHV betrifft. In den anderen Punkten folgte der Rat den Anträgen seiner Kommission. Demnach soll auch die Landwirtschaft verschont werden.

Schulterschluss gescheitert

Nach dem Willen von SVP und FDP sollte im Sparpaket zusätzlich zu den Sparmassnahmen in verschiedenen Bereichen eine Ausgabengrenze von 64 Milliarden Franken verankert werden. Diese Forderung ist aus Sicht der Befürworter ein Element des Ende März angekündigten «bürgerlichen Schulterschlusses» zwischen den Präsidenten von

SVP, FDP und CVP. Die CVP zog aber nicht mit. «Ich höre jetzt schon die Kritik, dass unsere Fraktion den bürgerlichen Schulterschluss breche», sagte CVP-Sprecher Leo Müller (LU). Doch die Anträge, die Einsparungen von 7 Milliarden Franken erfordern würden, seien schlicht unrealistisch. Nach dem Willen von SVP und FDP sollte die Kürzung insbesondere beim Personalaufwand und beim Sach- und Betriebsaufwand erfolgen. Diese Bereiche hätten zusammen rund 10 Milliarden Franken zur Verfügung, gab Müller zu bedenken. Es sei unmöglich, davon 7 Milliarden einzusparen.

FDP als «Zottel der SVP»

Ähnlich sahen es die Rednerinnen und Redner der anderen Fraktionen. Aus den Reihen der Linken erhielt die CVP Applaus für ihre Position. Daniel Vischer (Grüne/ZH) dankte ihr dafür, dass sie den «Herrliberger Konsens» mit der unseriösen Finanzpolitik verlassen habe. Auch Häme war aber zu vernehmen. Der bürgerliche Schulterschluss falle auseinander wie ein Kartenhaus, sagte Martin Bäumle

(GLP/ZH). Faktisch handle es sich ohnehin um das SVP-Parteiprogramm. Die FDP sei «der neue Zottel der SVP». Die «Schaumschläger-Anträge» seien abzulehnen. Die gleichen Leute, die einen solchen Kahlschlag forderten, stellten sich dann beim KAP wiederum gegen Sparmassnahmen etwa in der Landwirtschaft, kritisierte Bäumle.

Jeden Sechsten entlassen

Auch Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf stellte sich vehement gegen die Anträge der FDP und SVP. Viele Ausgaben seien gebunden, stellte sie fest. Um diese kurzfristig zu kürzen, bräuchte es ein Dringlichkeitsverfahren. Kürzungen wären bei schwach gebundenen Ausgaben möglich, etwa in der Armee und in der Landwirtschaft. Solche Kürzungen seien aber im Parlament nicht erwünscht.

Bei einem Ja zu den Anträgen müsste laut Bundesrätin Widmer-Schlumpf jeder sechste Mitarbeitende der Bundesverwaltung auf Ende Jahr entlassen werden. Insgesamt würden 6000 Stellen gestrichen. (sda)